

## **V-2 Dauerhafte Finanzierung von Suchthilfeträgern und Bedarfsplanung**

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 04.05.2024  
Tagesordnungspunkt: TOP 10 Verschiedenes

1 Berlin steuert ungebremst auf eine unkontrollierbare Drogenkrise zu. Alleine die  
2 Zunahme des  
3 Crack-Konsums im öffentlichen Raum ist der Beweis, dass wir Abhängige in vielen  
4 Teilen der  
5 Stadt ihrem eigenen Schicksal überlassen. Die Zahl der Drogentoten steigt Jahr  
6 für Jahr  
7 weiter an und erste Funde von Fentanyl sind ein alarmierendes Signal, das nicht  
8 ignoriert  
werden darf. Die Herausforderungen im Bereich der Prävention, Suchtberatung und  
-hilfe sowie  
der Schadensminimierung sind enorm und erfordern dringende strukturelle  
Maßnahmen. Menschen,  
die in Abhängigkeiten geraten, brauchen Hilfe und benötigen dafür eine  
Infrastruktur, die  
sie dabei unterstützt und befähigt, das Konsumverhalten zu verändern.

9 Als Bündnis 90/Die Grünen Berlin fordern wir, dass die Unterstützung und Hilfe  
10 für  
11 Betroffene bedarfsgerecht und strukturell verstärkt wird. Berlin hat bereits eine  
12 vielfältige und professionelle Helfelandschaft, die jedoch für die aktuellen  
13 Herausforderungen strukturell unterfinanziert ist. Es braucht eine ehrliche  
14 Analyse der  
15 Kapazitäten und damit einhergehend eine Bedarfsplanung als auch eine solide  
16 finanzielle  
17 Grundlage für die Angebote, um sicherzustellen, dass die Einrichtungen der  
18 Suchthilfe ihre  
19 wichtige Arbeit fortsetzen und ausbauen können. Die Entwicklung einer  
20 Landesstrategie  
21 „Drogen und Sucht“ muss daher an den tatsächlichen stadtweiten Bedarfen  
22 ausgerichtet werden.  
23 Wir stehen für eine Politik, die sich um diejenigen kümmert, die von  
24 Abhängigkeiten  
25 betroffen sind und wir setzen uns für eine Ausweitung vor allem  
niedrigschwelliger Maßnahmen

zur Unterstützung dieser Menschen ein. Bereits heute besteht ein Hauptproblem darin, dass Angebote sowohl aufgrund tatsächlicher als auch rechtlicher Hürden nicht alle Betroffenen erreicht. Insbesondere der Zugang für Menschen ohne Zugang zur Krankenversicherung ist unzureichend und verstärkt die Problematik der Verelendung im öffentlichen Raum und unterläuft das Ziel eines effektiven Gesundheitsschutzes. Der Zugang zur Suchthilfe darf nicht bei Beratungen oder schadensminimierendem Konsum enden, Entgiftungen, Substitutionsprogramme und Suchttherapien sind maßgeblich für nachhaltige Erfolge.

26 Die derzeit laufenden Verhandlungen auf Landesebene über Einsparvorgaben auch im  
27 Gesundheitsbereich würden die Suchthilfe massiv treffen. Bereits jetzt drohen  
28 Kürzungen bei  
29 bestehenden Angeboten, unbesetzte Stellen dürfen nicht nachbesetzt werden, was  
30 einer  
31 faktischen Angebotskürzung gleichkommt. Wir fordern daher eine verbindliche  
32 Zusage des  
33 Senats, die Finanzierung der Suchthilfeträger in Berlin langfristig  
34 sicherzustellen und  
35 auszubauen. Dies umfasst eine angemessene Finanzausstattung, um eine  
36 kontinuierliche,  
bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Unterstützung der Betroffenen zu gewährleisten.  
Die gesundheitlichen und sozialen Maßnahmen müssen ineinandergreifen, die zugesagten Mittel aus dem Sicherheitsgipfel mit einem Schwerpunkt für niedrigschwellige und aufsuchende Angebote verausgabt und verstetigt werden. Dem Abbau von Substitutions- und Therapiemöglichkeiten muss konsequent entgegengewirkt werden.

37 Neben dem Problem der finanziellen Sicherheit gefährdet insbesondere die  
38 angespannte  
39 Situation auf dem Gewerbermanntmarkt die Zukunft von etablierten Angeboten der  
40 Suchthilfe.  
41 Dabei ist der Senat in der Verantwortung bei der Suche nach Räumlichkeiten und  
42 deren  
Finanzierung zu unterstützen. Es ist unumgänglich, dass die finanziellen Mittel langfristig gesichert werden, um den Einrichtungen Planungssicherheit zu geben und ihre Arbeit zu ermöglichen.

43 Es müssen Maßnahmen entwickelt und sektorenübergreifend implementiert werden, die  
44 auf die  
45 besonderen Bedürfnisse der Menschen zugeschnitten sind, die von Abhängigkeiten  
46 betroffen  
47 sind. Dabei müssen auch die lokalen Besonderheiten und Herausforderungen  
48 berücksichtigt  
49 werden, um eine effektive Hilfe vor Ort und durch aufsuchende Suchtarbeit zu  
50 gewährleisten.  
51 Wir möchten betonen, dass wir die Berücksichtigung von Fachexpertisen  
52 unterstützen, die die  
53 Erforschung von Möglichkeiten medikamentöser Therapieansätze in Kombination mit  
54 psychosozialen Angeboten vorschlagen. Auch der Einsatz von Arzneistoffen wie  
55 Methadon,  
56 Naloxon, Naltrexon, Buprenorphin und weitere muss in der Substitutionstherapie  
57 bei  
58 opioidbedingten Abhängigkeiten in der Breite unterstützt und zugänglicher  
59 gestaltet werden.  
60 Es ist wichtig, dass die Maßnahmen den individuellen Bedürfnissen der Betroffenen  
61 gerecht  
62 werden und eine ganzheitliche Unterstützung bieten. Eine besondere Herausforderung  
63 entsteht  
64 durch die massive Zunahme des problematischen Crack-Konsums. Die entstehenden  
65 Konflikte im  
66 öffentlichen Raum sind besonders am Leopoldplatz oder um den Görlitzer Park  
67 sichtbar, doch  
68 die Problematik geht weit über den Wedding, Kreuzberg oder Neukölln hinaus. Crack  
69 treibt  
70 Menschen in schwere Abhängigkeiten und birgt ein hohes Verelendungsrisiko,  
71 gleichzeitig ist  
72 die Droge mittlerweile leicht und billig verfügbar. Crack-Abhängige leiden unter  
einem enorm  
hohen Konsumdruck, richten ihren Alltag auf die Beschaffung der Droge aus und  
verlieren in  
kürzester Zeit ihre Alltagsgrundlage. Das Suchthilfesystem muss sich an diese  
Herausforderungen anpassen können; insbesondere in Drogenkonsumräumen und durch  
niedrigschwellige Suchthilfe gilt es die Menschen aus dieser Abwärtsspirale  
rauszuholen.  
Bisher stehen für diese Problematik nachhaltige, soziale und gesundheitliche  
Ansätze am  
Anfang. Vor diesem Problem stehen mittlerweile fast alle deutsche Großstädte.  
Zentral ist  
daher nicht nur eine effektive Zusammenarbeit von Senat mit Bezirken, sondern es  
muss eine  
europaweite Vernetzung stattfinden und die Ergebnisse der EMCDDA (europäische  
Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht) berücksichtigen. Der Berliner  
Senat soll sich  
beim Bundesgesundheitsministerium für ein Modellprojekt einsetzen, in dem

betroffene Städte

und Kommunen gezielte Angebote erproben, best practice Erfahrungen im Umgang mit Crack und

der Behandlung schnell austauschen, zusammenführen und weiterentwickeln. Auf dieser

Grundlage können zielführend Anpassungsbedarfe ermittelt werden, um eine nachhaltige

Strategie gegen Crackkonsum zu entwickeln.

73 Es ist wichtig, dass die Maßnahmen den individuellen Bedürfnissen der Betroffenen  
74 gerecht  
werden und eine ganzheitliche Unterstützung bieten.

75 Wir wollen eine transparente und partizipative Entscheidungsfindung bei der  
76 Entwicklung und  
77 Umsetzung von Maßnahmen im Bereich der Suchthilfe. Die Einrichtungen der Drogen-  
78 und  
79 Suchthilfe, Forschung, Fachkräfte und Betroffene sollten aktiv in den  
80 Entscheidungsprozess  
einbezogen werden, um sicherzustellen, dass die Maßnahmen den tatsächlichen  
Bedürfnissen  
entsprechen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Menschen, die von den  
Maßnahmen  
betroffen sind, eine Stimme haben und aktiv an der Gestaltung der Lösungen  
mitwirken können.